

**ZUR BÜRGERSCHAFTSWAHL  
BREMEN 2015**

**ZUM (GUTEN)  
LEBEN GENUG?**

**ZGF**

Bremische Zentralstelle für  
die Verwirklichung der  
Gleichberechtigung der Frau

## *Impressum*

Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der  
Gleichberechtigung der Frau (ZGF)  
Knochenhauerstr. 20-25  
28195 Bremen  
Tel 0421/361-3133  
E-mail [office@frauen.bremen.de](mailto:office@frauen.bremen.de)

Büro Bremerhaven  
Schifferstr. 48  
27568 Bremerhaven  
Tel 0471/596-138 23  
E-mail [office-brhv@frauen.bremen.de](mailto:office-brhv@frauen.bremen.de)

[www.frauen.bremen.de](http://www.frauen.bremen.de)

Auflage: 3.000  
Druck: Druckwerkstatt Schmidtstraße, Bremen  
Gestaltung: Traute Melle, Bremen  
März 2015

# INTRO

## ***Zum (guten) Leben genug?***

**Armut** ist für viele Menschen in Bremen Lebensrealität – ob als Bedrohung oder tägliche Herausforderung. **Frauen** sind davon **häufiger betroffen** als Männer. Das hat strukturelle Ursachen, auch mehr als 65 Jahre nachdem die Gleichberechtigung von Mann und Frau ins Grundgesetz geschrieben worden ist.

Wir, die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, stellen für das Land Bremen fest: Es gibt weiterhin **strukturell bedingte Ursachen** dafür, dass nur 63 Prozent der erwerbsfähigen Frauen bezahlte Arbeit haben. Dass Frauen im Durchschnitt 25 Prozent weniger Einkommen nach Hause bringen als Männer und im Alter eine um 60 Prozent geringere Rente zum Leben haben. Dass der Zugang zu besser entlohnten Berufen mit Hürden versehen ist, die oftmals schon in der Erziehung und Bildung für Mädchen zementiert werden. All das sind Fakten – und es sind zugleich Handlungsfelder, die politisch verändert und beeinflusst werden können. Auch das Land Bremen hat dafür Gestaltungsspielraum.

Hier sind **unsere Forderungen** an die Akteurinnen und Akteure, die nach dem 10. Mai 2015 in der Bremischen Bürgerschaft die Chance und die Aufgabe haben, Lebensrealitäten zum Besseren zu verändern. Für gleiche Chancen von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen. In Bremen und in Bremerhaven.

Eine ausführliche Darstellung dieser und weiterer Forderungen finden Sie im Netz unter:

**[www.frauen.bremen.de](http://www.frauen.bremen.de)**

# ***Für Frauen mit und ohne Erwerbsarbeit***

## ***Fakt ist:***

Bei der Erwerbstätigkeit von Frauen ist Bremen im Bundesvergleich weit abgeschlagen. Nur 64 Prozent der Bremerinnen und Bremerhavenerinnen zwischen 15 und 65 sind erwerbstätig, viele von ihnen in Teilzeit oder Minijobs. 15,5 Prozent der Frauen im Land Bremen sind auf Hartz IV angewiesen, so viele wie in fast keinem anderen Bundesland. Über 60 Prozent der arbeitslosen Frauen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

## ***Fakt ist:***

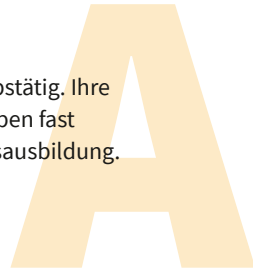
Frauen im Land Bremen verdienen im Schnitt 25 Prozent weniger als Männer. In der Europäischen Union beträgt die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen im Schnitt 16 Prozent. Bremen liegt somit weit hinten. Anders als Männer sind Frauen in Bremen vor allem in Branchen mit niedrigerer Bezahlung und hohem Anteil von Teilzeit und Minijobs beschäftigt. Frauen in gut bezahlten Führungspositionen sind unverändert wenig präsent.

## ***Fakt ist:***

Bremen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern viele Alleinerziehende – mehr als 90 Prozent sind Frauen. Die Erwerbstätigenquote unter Alleinerziehenden ist bundesweit eine der niedrigsten. Mehr als die Hälfte der arbeitslosen alleinerziehenden Frauen sind langzeitarbeitslos. Zwei Drittel von ihnen haben keine Berufsausbildung.

## ***Fakt ist:***

Unter den Frauen mit Migrationshintergrund sind weniger als die Hälfte erwerbstätig. Ihre Chancen, in Ausbildung und Beruf zu kommen, sind deutlich schlechter. So haben fast 60 Prozent der jungen Frauen türkischer Herkunft keine abgeschlossene Berufsausbildung.



## Weil das so ist:

- ▶ wird es in der nächsten Legislaturperiode darauf ankommen, Arbeitsmarktpolitik so weiterzuentwickeln, dass Frauen ihr Erwerbspotenzial in Richtung einer **existenzsichernden Beschäftigung** ausbauen können. Frauen dürfen nicht in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden, sondern brauchen gezielt Zugänge zu hochwertigen Arbeitsplätzen. Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen müssen erhalten und weiterentwickelt werden.
- ▶ **muss Berufsorientierung breiter angelegt werden**, damit das geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten hinterfragt wird und die Bandbreite der Ausbildungsberufe erfahrbar ist. Die Maßnahmen für mehr Frauen in MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) sollten gebündelt und verstärkt werden. Zweijährige oder kürzere Ausbildungen in „typischen“ Frauenberufen wie die zur Sozial- und Pflegeassistentin, die außerhalb der Landesgrenzen nicht anerkannt sind und häufig in prekäre Jobs münden, sind kontraproduktiv. Besonders junge Frauen mit Migrationshintergrund müssen Unterstützung bei der Ausbildungssuche erhalten.
- ▶ muss der besonders hohe **Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen** angegangen werden: Das Modellprojekt eg-Check, das die Entgeltstruktur in Betrieben auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern untersucht, sollte auf weitere Betriebe ausgeweitet werden. Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen sind Branchen, in denen viele Frauen arbeiten und in denen das Land auch als Arbeitgeber fungiert. Hier müssen angemessene Bezahlung, genügend Personal sowie ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit sichergestellt sein. Auf Bundesebene müssen Initiativen für ein Entgeltgleichheitsgesetz sowie für eine Reform der geringfügigen Beschäftigung unterstützt werden.



- ▶ muss Wirtschaftspolitik neue Akzente setzen, um gute **Einstiegs- und Aufstiegs-möglichkeiten auch für Frauen in den zukunftsträchtigen Wirtschaftssektoren**, die Bremen explizit stärken will, zu schaffen.
- ▶ muss Wirtschaftspolitik auch mit **Branchen wie Einzelhandel und Tourismus**, in denen viele Frauen in Minijobs und Teilzeit arbeiten, einen Dialog darüber beginnen, wie mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreicht werden kann.

## ***Für (alleinerziehende) Mütter und Väter***

### ***Fakt ist:***

Dass Beruf und Familie vereinbar sein müssen, wird inzwischen in der Gesellschaft weitestgehend akzeptiert. Das ist gut! Aber die Faktoren, die Vereinbarkeit ermöglichen, sind noch längst nicht Wirklichkeit. Das sind: flexible, ausreichende Kinderbetreuung, eine veränderte Zeitpolitik und eine stärkere Orientierung der Erwerbsarbeit an der Familienwelt.

### ***Fakt ist:***

Über 70 Prozent der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit wird von Frauen getan. Sie stellen ihre Erwerbsarbeit hintenan und nehmen die Nachteile – geringerer eigener Verdienst in vielfach geringfügiger oder befristeter Beschäftigung, geringere Aufstiegschancen, geringere eigene Rente – in Kauf. Jenseits der individuellen Folgen bleiben Rollenbilder verfestigt, die junge Frauen und Männer zunehmend nicht mehr wollen.

## **Weil das so ist:**

- ▶ bleibt es politische Aufgabe, **Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Miteinander von Erwerbsarbeit und Familie** ermöglichen. Das Betreuungsangebot für Kinder bis sechs Jahre muss zeitlich flexibler werden, Randzeiten abdecken und sich an dem Bedarf derjenigen ausrichten, die sie nutzen. Der Ausbau der Ganztagschulen muss qualitativ und quantitativ fortgesetzt werden. Hortplätze dürfen nicht zugunsten von Kita- oder Krippenplätzen gestrichen werden, solange es kein adäquates Ganztagschulangebot gibt, das die Betreuungslücken schließt.
- ▶ muss **Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch als Standortfaktor** weiterhin Gewicht haben. Unternehmen sollen gute Rahmenbedingungen und Beratung finden, wenn sie eine familien- und lebenslauforientierte Personalpolitik etablieren und weiterentwickeln, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt schafft.

# UND

# BERUF

# ***Für Mädchen und junge Frauen***

## ***Fakt ist:***

Erziehung und Bildung sind wichtige Schlüssel für eine Lebensorientierung von Mädchen wie Jungen. Lernorte müssen ihnen Räume bieten, geschlechtsspezifisches Rollenverhalten, Stereotype und Hierarchien zwischen den Geschlechtern zu hinterfragen. Aktuelle Studien belegen, dass beispielsweise das Berufswahlverhalten nach wie vor von alten Rollenbildern und traditionellen Berufszuschreibungen bestimmt ist. Resultat sind „typische“ Frauen- und Männerberufe, wobei letztere oftmals besser entlohnt werden und Aufstiegschancen besser ermöglichen.

## ***Fakt ist:***

Mädchen und junge Frauen müssen sich zwangsläufig mit Rollenzuschreibungen auseinandersetzen, die hierarchisch sind. Dem Männlichen werden weiterhin mehr Privilegien, Sicherheiten und Freiheiten zugesprochen. Mädchen werden dagegen nach der Pubertät deutlich mehr eingengt.

**BI**



## *Weil das so ist:*

- ▶ muss **Lebensplanung und Berufsfindung als Bildungsschwerpunkt** umgesetzt werden. Hier haben die Schulen eine Schlüsselfunktion. Gut vor- und nachbereitete Betriebspraktika unter Reflexion der Stereotypen sind wichtig. Ziel muss es sein, dass junge Frauen und Mädchen ihren Beruf aus dem Spektrum aller Möglichkeiten wählen. Mädchen mit schlechten Startbedingungen, die besonders auf Orientierung und Unterstützung von außen angewiesen sind, müssen beim Übergang von Schule in den Beruf besonders gefördert werden.
- ▶ muss **Mädchenarbeit als wesentlicher Teil geschlechtergerechter Jugendarbeit** gesichert sein. Mädchen sollen sich im Rahmen von Jugendarbeit mit Geschlechterrollen, Zuweisungen und auch geschlechtsspezifischen Gefährdungen wie z. B. Essstörungen oder sexualisierte Gewalt auseinandersetzen können. Diese Arbeit erfordert Ressourcen, die finanziell abgesichert sein müssen.

# LDUNG

# ***Für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen***

## ***Fakt ist:***

Jede dritte Frau hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren; etwa jede vierte Frau hat diese Gewalt in einer Beziehung erlebt. Eine von 20 Frauen wurde vergewaltigt, einer von fünf Frauen nachgestellt („Stalking“). Diese Zahlen einer aktuellen europäischen Studie (2014) zeigen: Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat mit bestehenden Geschlechterhierarchien zu tun – sie ist kein rein persönliches Problem. Und sie betrifft Frauen aus allen Schichten.

## ***Fakt ist:***

Besondere Lebenslagen wie Trennung oder Scheidung, eine Beeinträchtigung oder Behinderung, finanzielle Abhängigkeiten oder Belastungen durch Flucht oder Migration können Frauen und Mädchen besonders gefährden oder Gewalt begünstigen. Sich Unterstützung und Hilfe zu holen, ist dann oft besonders schwierig.

## ***Fakt ist:***

Sexualstraftäter haben bei der derzeitigen Rechtslage nicht viel zu befürchten. Im Land Bremen kommen etwa zehn Prozent der angezeigten Fälle vor Gericht. Nur etwa fünf Prozent davon enden mit einer Verurteilung. Die Dunkelziffer bei sexualisierter Gewalt/Vergewaltigung ist hoch. Viele Frauen zeigen eine Tat gar nicht erst an.



## **Weil das so ist:**

- ▶ muss die Hilfe für Frauen in Notsituationen gewährleistet sein. Deshalb muss die **Arbeit der Frauenhäuser verlässlich gesichert** und die Finanzierung am Bedarf der Frauen und ihren Kindern ausgerichtet sein. Alle Frauen müssen sichere Orte nutzen können, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft oder ihrer Lebenssituation. Momentan müssen sie Anträge auf Kostenübernahme über Sozialleistungen, vor allem SGB II, stellen. Eine **Umstellung der Finanzierung der Frauenhäuser** weg von der Kostenerstattung über Tagessätze bleibt wichtigste Aufgabe.
- ▶ muss das **Beratungs- und Unterstützungsangebot** für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen langfristig gesichert werden. Neben der Absicherung der Fachstellen ist es wichtig, dass auch Fachleute in den Stadtteilen erste Anlaufstelle für Gewaltopfer sein können und hierbei unterstützt werden.
- ▶ müssen Fachstellen **Ressourcen für die Unterstützung von Flüchtlingen** und zugewanderten Frauen haben. Dazu gehören vor allem finanzierte Übersetzungsdienste.
- ▶ muss sichergestellt sein, dass **Gewalt als Straftat** angemessen verfolgt wird und Konsequenzen für TäterInnen hat. Betroffene Frauen brauchen professionelle Unterstützung. Polizei und Gerichte brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt schnell und effektiv zu verfolgen.

# ***Für die Gesundheit sozial benachteiligter Frauen***

## ***Fakt ist:***

Gesundheit hat unmittelbar mit sozialem Status zu tun. In Bremen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen in Schwachhausen bei 85 Jahren, in Gröpelingen bei 79. In Bremerhaven liegt sie unter dem stadtbremischen Schnitt. Für Frauen, deren Lebenslagen von Armutsgefährdung, geringer Bildung, alleiniger Fürsorge und Erwerbslosigkeit geprägt sind, und für zugewanderte oder Flüchtlingsfrauen gibt es zahlreiche Barrieren für den Zugang zu Gesundheitsversorgungs- und Präventionsangeboten. Das hat Folgen. Diese Frauen sind auch einem höheren Risiko für die Verordnung unnötiger Medikamente und medizinischer Eingriffe ausgesetzt. Deshalb sind differenzierte Strategien in der Gesundheitsversorgung erforderlich, um Zugangsbarrieren abzubauen.

## ***Fakt ist:***

Fast ein Drittel aller in Bremen lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Nach einer Studie des Robert Koch-Instituts weist diese Bevölkerungsgruppe aufgrund des niedrigeren sozioökonomischen Status erhöhte Gesundheitsrisiken auf. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Flüchtlinge aus Krisengebieten kontinuierlich zu, darunter auch viele Frauen und Mädchen, von denen eine unbekannte Zahl Gewalt und Traumatisierungen erlebt hat. Einrichtungen aus dem Gesundheitsbereich erreichen viele dieser Frauen nicht ausreichend – weil ihnen als Flüchtlingen der Zugang verwehrt ist, weil Kenntnisse über das Gesundheitssystem und dessen Strukturen fehlen, und sehr häufig wegen Sprachproblemen.

## *Weil das so ist:*

- ▶ muss in allen sozial schwächeren Stadtteilen ein **Angebot mit niedrighschwelligen Anlaufstellen** entstehen, um Beratung dort zu leisten, wo sie gebraucht wird. Es gibt bereits Einrichtungen im Land Bremen, die zeigen, wie gerade Frauen erreicht werden können. Diese Beispiele guter Praxis sollten nachhaltig abgesichert und in andere Stadtteile übertragen werden.
- ▶ muss insbesondere die psychosoziale und gesundheitliche **Versorgung von Migrantinnen und Flüchtlingen** verbessert und abgesichert werden. Dolmetscherdienste sind hier unerlässlich. Der Zugang zu ihnen muss strukturell verankert, ihre Inanspruchnahme finanziell abgesichert werden. Aufklärung in der Muttersprache und verständliche Informationen sind Grundlage jeder informierten Entscheidung.

# NDHEIT



**ZUR WAHL DER  
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG  
BREMERHAVEN 2015**

**ZUM (GUTEN)  
LEBEN GENUG?**

**ZGF**

Bremische Zentralstelle für  
die Verwirklichung der  
Gleichberechtigung der Frau

## ***Zum (guten) Leben genug?***

Armut ist auch für viele Menschen in Bremerhaven Lebensrealität. Ebenso wie in Bremen sind in der Seestadt Frauen häufiger betroffen als Männer. Die strukturell bedingten Ursachen für die Armut von Bremerhavenerinnen, die sich oft anders auswirkt als die der Männer, müssen verstärkt in den Blick genommen werden.

13,5 Prozent der erwerbsfähigen Frauen in Bremerhaven sind arbeitslos. Gut zwei Drittel von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, sie leben von Hartz IV. Ihnen eröffnen sich kaum Auswege aus dem Armutskreislauf. Sehr viele Familien haben ein Einkommen knapp über dem Hartz-IV-Satz. Besser ausgebildete Frauen verlassen dagegen oft die Stadt. 2013 sank der Bevölkerungsanteil der Frauen erstmals unter 50 Prozent.

Es müssen sich für Frauen mehr Möglichkeiten eröffnen, ihre Lebensbedingungen und Perspektiven in Bremerhaven verbessern zu können. Hier sind Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen und Mädchen unerlässlich, aber bislang nur

# BREMERHAVEN



# TRO

unzureichend vorhanden. Es ist elementar, dieses Netz auszubauen und jene Anlauf- und Beratungsstellen nachhaltig und langfristig zu sichern, die bereits jetzt gute Unterstützung bieten. Das sind: ZIB Beratungsstelle Zukunft im Beruf/afz, Frauenhaus/ Beratungsstelle bei häuslicher Gewalt, Mädchentelefon und Jungentelefon, Beratungsstelle für Prostituierte.

Besondere Unterstützung brauchen auch Migrantinnen.

Hier sind unsere Forderungen an die Akteurinnen und Akteure der Stadtverordnetenversammlung, die nach dem 10. Mai 2015 die Chance und die Aufgabe haben, Lebensrealitäten in Bremerhaven zum Besseren zu verändern. Für gleiche Chancen von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen.

Diese und weitere Forderungen finden Sie auch im Netz unter:

**[www.frauen.bremen.de](http://www.frauen.bremen.de)**

## ***Für Frauen mit und ohne Erwerbsarbeit***

### ***Fakt ist:***

Die nach wie vor in Bremerhaven einseitig ausgerichtete Wirtschaftsstruktur auf Industrie, Häfen, Logistik trägt derzeit nicht dazu bei, die Position von Frauen zu stärken und zu fördern. Sie bietet Frauen geringe Beschäftigungsmöglichkeiten. Frauen sind vor allem in den Branchen Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus und im Gesundheitssektor beschäftigt. Trotz der dafür notwendigen qualifizierten Ausbildungen liegen die Verdienste hier in den unteren Bereichen. Gerade diese Branchen bedeuten überwiegend Arbeit im Minijob oder geringe Teilzeitarbeit.

### ***Fakt ist:***

2013 sank der Anteil der weiblichen Bevölkerung unter 50 Prozent. Dafür gibt es vielfältige Ursachen. Eine davon ist: Gut ausgebildete junge Frauen haben in Bremerhaven oftmals keine Berufsperspektiven und wandern ab.

# ARB

## *Weil das so ist:*

- ▶ muss sich die **Bremerhavener Wirtschaftspolitik auf die Umstrukturierung der Beschäftigungs- und damit Arbeitsmarktsituation konzentrieren**. Frauen müssen hier ausdrücklich auch zur Zielgruppe erklärt und ihnen Wege geebnet werden. Der Branchenmix muss so erweitert werden, dass auch Frauen bessere Verdienstmöglichkeiten, gute sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und bessere Aufstiegsmöglichkeiten haben. Hoch qualifizierte Frauen, wie sie etwa an der Hochschule Bremerhaven ausgebildet werden, müssen gehalten werden.
- ▶ muss **für langzeitarbeitslose Frauen die Qualifizierung (Schul- und Berufsabschluss)** an erster Stelle stehen, um ihren (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und zu verbessern. Die entsprechenden Weiterbildungsangebote müssen ausgebaut werden.
- ▶ muss **arbeitslosen Alleinerziehenden nachhaltige und gezielte Beratungs- und Qualifikationsförderung (auch in Teilzeit)** angeboten werden.

## ***Für (alleinerziehende) Mütter und Väter***

### ***Fakt ist:***

Dass Beruf und Familie vereinbar sein müssen, wird inzwischen in der Gesellschaft weitestgehend akzeptiert. Das ist gut! Aber die Faktoren, die Vereinbarkeit ermöglichen, sind noch längst nicht Wirklichkeit. Das sind: flexible, ausreichende Kinderbetreuung, eine veränderte Zeitpolitik und eine stärkere Orientierung der Erwerbsarbeit an der Familienwelt. Rund ein Drittel aller Bremerhavener Familien sind Ein-Eltern-Familien.

### ***Fakt ist:***

Die Hälfte der alleinerziehenden Frauen bezieht Hartz IV (mit und ohne Job); mehr als zwei Drittel verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung.

FAMILIE  
UND

## **Weil das so ist:**

- ▶ bleibt es politische Aufgabe, **Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Miteinander von Erwerbsarbeit und Familie ermöglichen**. Das Betreuungsangebot für die unter Sechsjährigen muss verbessert werden: Angebote müssen zeitlich flexibler werden, Randzeiten abgedeckt und an dem Bedarf derjenigen ausgerichtet werden, die sie nutzen. Der Ausbau der Ganztagschulen muss qualitativ und quantitativ fortgesetzt werden. Es muss verbindliche Ganztagschulen bis zur Klasse 10 geben. Hortplätze dürfen nicht zugunsten von Kita- oder Krippenplätzen gestrichen werden, solange es kein adäquates Ganztagschulangebot gibt, das die Betreuungslücken schließt.
- ▶ muss **Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch als Standortfaktor** weiterhin Gewicht haben. Unternehmen sollen gute Rahmenbedingungen und Beratung finden, wenn sie eine familien- und lebenslauforientierte Personalpolitik etablieren und weiterentwickeln, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt schafft.
- ▶ gilt es zu akzeptieren, **dass Ein-Eltern-Familien Normalität sind**. Gerade sie müssen die Möglichkeit haben, Erwerbsarbeit und Fürsorge für die Familie zu vereinbaren.

# BERUF

## ***Für Mädchen und junge Frauen***

### ***Fakt ist:***

Mädchen machen im Vergleich zu den Jungen bessere Schulabschlüsse, das belegen die Statistiken. Aber diesen Vorsprung verlieren sie auf dem Weg ins Erwerbsleben. In Bremerhaven wählen sie aus den begrenzten Ausbildungsmöglichkeiten, die ihnen hier zur Verfügung stehen, häufig Berufe mit geringen Verdienst- und Aufstiegschancen, etwa in Branchen wie Dienstleistung, Handel oder Gastronomie.

### ***Fakt ist:***

Laut einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung spielt der Einfluss des Elternhauses eine entscheidende Rolle bei der Berufsorientierung.

# BILDU

## ***Weil das so ist:***

- ▶ muss **geschlechterreflektierte Lebensplanung und Berufsfindung fest zum Schulunterricht gehören**. Ziel muss sein, dass junge Frauen und Mädchen ihren Beruf aus dem Spektrum aller Möglichkeiten wählen. Erfahrungen aus Betriebspraktika und eine Reflexion der Stereotypen sind dabei wichtig. Mädchen mit schlechten Startbedingungen, die besonders auf Orientierung und Unterstützung von außen angewiesen sind, müssen beim Übergang von Schule in den Beruf besonders gefördert werden. Vorhandene Konzepte müssen umgesetzt werden.
- ▶ ist bei der **Ausgestaltung der zukünftigen Jugendberufsagentur** eine Verankerung der Geschlechterperspektive zwingend erforderlich.
- ▶ muss **Mädchenarbeit als wesentlicher Teil geschlechtergerechter Jugendarbeit** gesichert sein. Mädchen sollen sich im Rahmen von Jugendarbeit mit Geschlechterrollen, Zuweisungen und auch geschlechtsspezifischen Gefährdungen wie z. B. Essstörungen oder sexualisierte Gewalt auseinandersetzen können. Diese Arbeit erfordert Ressourcen, die finanziell abgesichert sein müssen. Das bedeutet auch, Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit zum Thema geschlechtsspezifische Sozialisation anzubieten.

NGG

# ***Für von Gewalt betroffene Frauen***

## ***Fakt ist:***

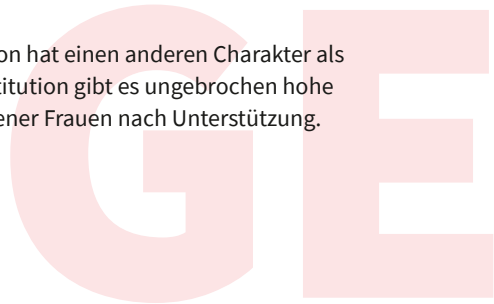
Jede dritte Frau hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren; etwa jede vierte Frau hat diese Gewalt in einer Beziehung erlebt. Eine von 20 Frauen wurde vergewaltigt, einer von fünf Frauen nachgestellt („Stalking“). Diese Zahlen einer aktuellen europäischen Studie (2014) zeigen: Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat mit bestehenden Geschlechterhierarchien zu tun – sie ist kein rein persönliches Problem. Und sie betrifft Frauen aus allen Schichten.

## ***Fakt ist:***

Die Dunkelziffer der Straftaten im Bereich Gewalt in Beziehungen und sexueller Gewalt ist hoch, Zahlen lassen sich nur im Zusammenhang mit polizeilichen Einsätzen und Beratungsangeboten benennen, sie spiegeln nur einen kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit wider. Dies bedeutet auch, dass Unterstützungsangebote ausreichend vorgehalten werden müssen.

## ***Fakt ist:***

Gewalt durch Menschenhandel und Zwangsprostitution hat einen anderen Charakter als häusliche Beziehungsgewalt. Im Bereich Zwangsprostitution gibt es ungebrochen hohe Fallzahlen und damit einen deutlichen Bedarf betroffener Frauen nach Unterstützung.





## *Weil das so ist:*

- ▶ muss die **Fachberatung für Frauen aus Zwangsprostitution** endlich konzeptionell adäquat ausgerichtet und finanziell abgesichert werden.
- ▶ müssen die **vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote aufrecht-erhalten** werden, das sind: Frauenhaus/Beratungsstelle bei häuslicher Gewalt, Mädchentelefon und Jungentelefon, Beratungsstelle für Prostituierte.
- ▶ muss die **Arbeit mit Tätern, die häusliche und/oder sexuelle Gewalt ausüben**, erhalten und erweitert werden.
- ▶ muss der **Schutz von Migrantinnen vor Gewalt** mit passenden Angeboten gewährleistet werden.

W W A L T

# ***Für Migrantinnen***

## ***Fakt ist:***

Migrantinnen haben in vielen Bereichen schlechtere Chancen und Zugänge als Frauen ohne Migrationshintergrund. Politik und Verwaltung können das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte entscheidend verbessern. Im Bremerhavener Integrationskonzept ist die Notwendigkeit, die Geschlechterperspektive einzubeziehen, formuliert. Was aussteht, ist die Umsetzung.

## ***Fakt ist:***

Bremerhaven wird weiter Menschen aufnehmen, die vor Krieg und Elend in ihrer Heimat flüchten. Frauen aus Krisen- und Kriegsgebieten brauchen besondere Unterstützung.

## ***Weil das so ist:***

- ▶ muss das **Bremerhavener Integrationskonzept zügig umgesetzt werden**. Das heißt insbesondere, dass der darin formulierte Anspruch, Migrantinnen und Migranten zu beteiligen, ebenso eingelöst wird wie der Anspruch, in der Stadt ein Bewusstsein für Integration und Teilhabe zu schaffen. Eine **stadtübergreifende Zusammenarbeit mit MigrantInnenorganisationen und -netzwerken** muss deshalb forciert und gefördert werden. **Migrantinneninitiativen müssen unterstützt werden**, um die Teilhabe der Frauen zu garantieren.
- ▶ müssen **Frauen aus Krisen- und Kriegsgebieten spezifische Sprachangebote erhalten, psychosoziale Hilfen und Unterstützung** bei der Kinderbetreuung und im Alltag.

# GESUND

## **Für Frauengesundheit**

### ***Fakt ist:***

Für Frauen, deren Lebenslagen von Armutsgefährdung, geringer Bildung, alleiniger Fürsorge, Erwerbslosigkeit geprägt sind und/oder von Flucht und Zuwanderung – oft sind es mehrere Faktoren auf einmal –, steht Gesundheitsvorsorge oft hinten an. Die Angebote der Gesundheitsvorsorge sind in Bremerhaven nur sehr punktuell geschlechtsspezifisch ausgerichtet.

### ***Fakt ist:***

Bundesweit zeigen einer Studie zufolge (Kinder- und Jugendgesundheitsurvey, 2012) mehr als ein Fünftel der 11- bis 17-Jährigen Symptome eines gestörten Essverhaltens; überwiegend betroffen sind Mädchen. Die Studie zeigt auch: Auffallend hoch ist der Anteil derer, die in Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status aufwachsen.

### ***Weil das so ist:***

- ▶ bleibt unsere langjährige Forderung bestehen: Es muss in Bremerhaven **für Betroffene von Essstörungen eine niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstelle** geben.
- ▶ sind **differenzierte Strategien der Gesundheitsversorgung** erforderlich, um Zugangsbarrieren für Frauen verschiedenster Lebenslagen abzubauen.

